



1
AB

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Wolfgang ULM, Sabine SCHWARZ und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 23.11.2017 zu Post 1 der Tagesordnung

betreffend Beibehaltung der Gemeinderätlichen Personalkommission (GPK) in ihrer bisherigen Form

Die Frühpensionierungspolitik der Stadt Wien kostet den Steuerzahler 200 Millionen Euro pro Jahr und trotzdem lässt die rot-grüne Stadtregierung keinerlei Anstrengungen erkennen, an ihrer Politik etwas zu ändern. 2017 wurden bis dato 669 Personen frühpensioniert, davon 276 aus organisatorischen Gründen. Diese Politik ist nicht nur zum Schaden der Steuerzahler, sondern auch zum Schaden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ab 1.1.2018 werden nun die monatlichen Frühpensionierungen aus gesundheitlichen und organisatorischen Gründen „geheim“ erfolgen, weil die Gemeinderätliche Personalkommission (GPK) ihre Kompetenz zur Entscheidung über vorzeitige Versetzungen in den Ruhestand verliert. Das Entscheidungsrecht der Gemeinderäte über Frühpensionierungen und das Recht auf Akteneinsicht werden abgeschafft. Ab sofort wird nicht mehr in der von Gewerkschaft und Parteien beschickten GPK entschieden, sondern geheim von Stadtrat und Magistrat.

Nicht nur, dass die rot-grüne Stadtregierung ihre Politik nicht ändert, jetzt wird diese auch noch versteckt. Dass die Frühpensionierungen nicht mehr in der Gemeinderätlichen Personalkommission beschlossen werden, schmälert die Rechte der Mitglieder des Gemeinderates und vergrößert die Macht der Verwaltung. Anstatt die Frühpensionierungen in Zukunft zu verschleiern, braucht es endlich eine neue Pensions- und Personalpolitik der Stadt Wien.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich mit Vehemenz gegen die de facto-Abschaffung der Gemeinderätlichen Personalkommission und für die Beibehaltung ihrer Kompetenzen aus.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal als zuständiges Mitglied der Landesregierung beantragt.

Wien, 23.11.2017

Ulrich *Dr. Schwarz*
Seif *Ulmer* *[Signature]*